



Detailansicht des Registereintrags

medico international

Aktuell seit 16.06.2026 10:12:44

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001976
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	16.06.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	16.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Lindleystraße 15 60314 Frankfurt am Main Deutschland Telefonnummer: +4969944380 E-Mail-Adressen: info@medico.de Webseiten: www.medico.de
Hauptstadtrepräsentanz:	medico international Mario Neumann c/o Publix / Hermannstraße 90 12051 Berlin Telefonnummer: +491798878538 E-Mail-Adresse: neumann@medico.de
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25	
Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges, Mitgliedsbeiträge	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

30.001 bis 40.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,44

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. med. Anne Blum**
Funktion: Vorstand (Vorsitzende)
2. **Helga Riebe**
Funktion: Vorstand (stellv. Vorsitzende)
3. **Rainer Burkert**
Funktion: Vorstand (stellv. Vorsitzender)

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (24):

1. **Dr. med. Andreas Wulf**
2. **Moritz Krawinkel**
3. **Anne Jung**
4. **Hendrik Slusarenka**
5. **Sabine Eckart**
6. **Dr. Kerem Schamberger**
7. **Jan Schikora**
8. **Karoline Schaefer**
9. **Eva Bitterlich**
10. **Anita Starosta**
11. **Riad Othmann**
12. **Julia Manek**
13. **Mario Neumann**
14. **Rachide Tennin**
15. **Tsafir Cohen**
16. **Dr. Sönke Widderich**
17. **Felix Litschauer**
18. **Tim Mulhanga**

19. **Dr. Imad Mustafa**
20. **Dorsch Timo**
21. **Valeria Hänsel**
22. **Karin Zennig**
23. **Hannah Kentouche**
24. **Frauke Heller**

Gesamtzahl der Mitglieder:

70 Mitglieder am 19.05.2026, davon:

68 natürliche Personen

2 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (18):

1. Bundesverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) e.V.
2. Deutscher Paritätischer Gesamtverband e.V.
3. Bündnis Entwicklung Hilft (BEH) e.V.
4. Deutsche Plattform Globale Gesundheit (dpgg), Netzwerk
5. Geneva Global Health Hub (G2H2), Netzwerk
6. Deutscher Fundraising Verband e.V.
7. Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung e.V.
8. BUKO Pharmakampagne
9. Voluntary Organisations in Cooperation in Emergencies (VOICE)
10. Forum Umwelt und Entwicklung
11. Health Action International (Europe)
12. Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.
13. Medicus Mundi International (Genf), Netzwerk
14. People's Health Movement (international), Netzwerk
15. Fokus Sahel, Netzwerk
16. Attac Trägerverein e.V.
17. Aktionsbündnis gegen AIDS / AG Transparenz
18. Zusammen für Demokratie, Bündnis

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (8):

Menschenrechte; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Entwicklungspolitik; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Asyl und Flüchtlingsschutz; Migration

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Ziel von medico international e.V. ist es, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die ein Leben in Würde und Recht, frei von Armut und in bestmöglicher Gesundheit ermöglichen, wobei Gesundheit gemäß der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als „der Zustand des physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens“ verstanden wird.

Zweck des Vereins ist die Förderung

- des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege,
- der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und Vertriebene,
- der Hilfe für Kriegsopfer, Kriegshinterbliebene, Kriegsbeschädigte und Kriegsgefangene,
- der Hilfe für Zivilbeschädigte und behinderte Menschen,
- der internationalen Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens,
- der Entwicklungszusammenarbeit,
- der Hilfe für Menschen, die auf Grund ihrer geschlechtlichen Identität oder ihrer geschlechtlichen Orientierung diskriminiert werden,
- von Kunst und Kultur.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Initiierung, Koordinierung und Begleitung sozialmedizinischer Entwicklungs- und Nothilfe-Projekte sowie eine umfassende Aufklärungsarbeit. Dabei ist die Arbeit des Vereins Teil eines umfassenden sozialen Handelns, das die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit zum Ziel hat.

Teil dieser Aufklärungsarbeit sind öffentliche Veranstaltung, Fachseminare und die Herausgabe von Informationsmaterial und Positionspapieren, das Verfassen oder unterzeichnen von Appellen, Petitionen oder ähnlichem. Diese sowie Einladungen zu Veranstaltungen richten sich mitunter auch an Mitglieder des Bundestags.

Gelegentlich finden auch direkte Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestags statt. Dies gilt insbesondere dann, wenn diese sich im Rahmen Ihrer Tätigkeit in Fachausschüssen oder als Beauftragte ihrer Fraktionen mit den Themen und Zwecken des Vereins in besonderem Maße auseinandersetzen. Ziel dabei ist es, im fachlichen Austausch die Ziele und Positionen des Vereins zu vermitteln und so zur Erreichung der Vereinszwecke beizutragen.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. Entschließungsantrag: Nie wieder ist jetzt: Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken

Beschreibung:

Die Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP haben einen Entschließungsantrag in den Bundestag eingebracht, der am 7. November 2024 auch als Resolution dort verabschiedet wurde. Erklärtes Ziel war der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland und eine effektivere Bekämpfung von Antisemitismus. Der verfehlt dieses Ziel aus unserer Sicht jedoch nicht nur, sondern lässt darüber hinaus schwerwiegende Verletzungen von Grund- und Menschenrechten und eine erhebliche Rechtsunsicherheit befürchten.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13627 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Nie wieder ist jetzt - Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken

Betroffenes geltendes Recht:

VersammlG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]

2. Menschenrechte verteidigen und schutzbedürftige Menschen aus Afghanistan weiter aufnehmen**Beschreibung:**

Die zukünftige Regierungskoalition beabsichtigt, die Bundesaufnahmeprogramme (BAP) auslaufen zu lassen. Ein Appell von unter anderem medico international, fordert von der Politik die Verlängerung der BAP, damit Menschen aus Afghanistan humanitären Schutz finden können.

Wir fordern von den Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung: Stehen Sie zu Ihrer humanitären Verantwortung und Ihrem Versprechen! Humanitäre Aufnahmeprogramme wie das BAP retten Menschenleben und müssen fortgesetzt und ausgebaut werden. Es braucht sichere Zugangswege für besonders gefährdete Menschen wie LSBTIQ*-Personen, Frauen, Kinder, Journalist*innen und Menschenrechtsaktivist*innen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/15087 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 3. März 2025 eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]

3. Petition für einen gerechten Frieden in Gaza**Beschreibung:**

Heute haben sieben Organisationen eine Petition mit dem Titel „Für einen gerechten Frieden in Gaza. Waffenexporte stoppen & Hilfsblockade beenden!“ gestartet. Mit der Petition fordern namhafte NGOs gemeinsam mit lokalen Initiativen die Bundesregierung unter anderem dazu auf, keine Rüstungsgüter mehr nach Israel zu exportieren, wenn die Gefahr besteht, dass sie völkerrechtswidrig eingesetzt werden. Die Bundesregierung hat bekräftigt, trotz zahlreich dokumentierter Völkerrechtsverletzungen weiter Waffen an Israel liefern zu wollen. Die Petition ist ein zivilgesellschaftlicher Protest gegen diese Absichtserklärung. Sie stellt acht Forderungen an die Bundesregierung, ihre politische Reaktion auf den Krieg in Gaza grundsätzlich zu ändern.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen" [\[alle RV hierzu\]](#)

4. medico international kritisiert den Umgang der Bundesregierung mit dem Ausbruch von Mpox-Viruserkrankungen

Beschreibung:

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat nach dem massiven Ausbruch des Mpox-Virus in mehreren afrikanischen Staaten die höchste Alarmstufe ausgerufen. Es liegt, so die WHO, eine „gesundheitliche Notlage internationaler Tragweite“ vor.

„Damit sich die noch räumlich begrenzte Epidemie nicht in eine internationale Pandemie verwandelt, muss sich die Bundesregierung für eine Aussetzung der Pharma-Patente einsetzen“, fordert Anne Jung, Gesundheitsreferentin von medico international. „Zusätzlich erfordert die Lage ein rasches und solidarisches Teilen der existierenden Impfstoffreserven durch die Länder des Globalen Nordens. Nur so kann den derzeit Erkrankten und zukünftigen Infizierten schnell geholfen werden“, fügt sie an.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#)

5. Aktuelle Verhandlungen über einen PABS-Mechanismus: Verbindliche Regeln in der Pandemiebekämpfung

Beschreibung:

Im Rahmen des Pandemievertrags der Weltgesundheitsorganisation (WHO) treten die Verhandlungen über den Mechanismus für den Zugang zu Krankheitserregern und entsprechenden Vorteilsausgleich (Pathogen and Access Benefit Sharing/PABS) in eine entscheidende Phase ein. Die geplante letzte Verhandlungsrunde beginnt am 17.04.26. Wir, zivilgesellschaftliche Organisationen im Bereich der globalen Gesundheit, fordern Sie als Teil der Bundesregierung dringend auf, einen robusten, verbindlichen und gerechten PABS-Mechanismus zu unterstützen und die Position der Europäischen Union dahingehend zu beeinflussen. Für einen wirkungsvollen PABS-Mechanismus muss der Zugang zu Krankheitserregern und Daten konkret mit durchsetzbaren und transparenten Verpflichtungen zum Vorteilsausgleich verknüpft werden.

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

6. Todesstrafe in Israel: Appell an die Bundesregierung

Beschreibung:

In einem Offenen Brief an die Bundesregierung und den Bundestag fordern Menschenrechts-, Hilfs- und Friedensorganisationen, entschiedenen Druck auf die israelische Regierung und die Knesset auszuüben, um die diskriminierende Gesetzgebung zur Ausweitung der Todesstrafe zu stoppen.

Interessenbereiche:

Menschenrechte [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (10):

- 1. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro
BMZ Zuschuss zu einem Auslandsprojekt in Sri Lanka (Kultur d. Respekts zw. tamil., singhal. und muslim. Gemeinden) Phase 2
- 2. BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 310.001 bis 320.000 Euro
BMZ - Zuschuss zu einem Auslandsprojekt in Mittelamerika (Stärkung psychosozialer Ressourcen von Menschenrechtsverteidiger:innen)
.
- 3. BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 110.001 bis 120.000 Euro
BMZ Auslandsprojektförderung in Kenia / Somalia (Ernährungssicherheit u. Einkommenssteigerung von Kleinbauern)
- 4. BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 240.001 bis 250.000 Euro
BMZ Auslandsprojektförderung in Südafrika (Div. Partner, Basisgesundheitsbewegung)
- 5. BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**
Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin
Betrag: 990.001 bis 1.000.000 Euro

BMZ Auslandsprojekt in Palästina (Stärkung der Resilienz von Gesundheitsdiensten und Verbesserung der Ernährungssicherheit)

6. BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

BMZ Auslandsprojekt Zuschuss für ein Projekt in Pakistan (Stärkung ländlicher Gemeinden inmitten multipler Krisen: Sektorübergreifende Entwicklungsansätze zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Sanghar)

7. BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 1.290.001 bis 1.300.000 Euro

BMZ Auslandsprojekt Zuschuss zu einem Projekt im Libanon (Nexus Projekt; Gesamtvolumen inkl. Patientengebühren; "Stärkung der Resilienz von öffentlichen Gesundheitsdiensten im Libanon durch Verbesserung der Kapazitäten von Gesundheitszentren, Flüchtlingen und vulnerablen Gemeinden)

8. BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 170.001 bis 180.000 Euro

BMZ-Auslandsprojekt Zuschuss für ein Projekt im Libanon (Nashet, Folgeprojekt: Etablierung einer alternativen, ökologischen und nachhaltigen urbanen Landwirtschaft in Ein el Hilweh)

9. AA - Auswärtiges Amt / Humanitäre Hilfe

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 1.990.001 bis 2.000.000 Euro

AA-Auslandsprojekt Zuschuss für ein Projekt im Libanon (AMEL Nexus Projekt: Strengthening access to health services for Syrian refugees and host communities in Beirut, Mount Libanon, Bekaa and Baalbeck)

10. AA - Auswärtiges Amt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 1.020.001 bis 1.030.000 Euro

AA-Auslandsprojekt - Zuschuss für ein Auslandsprojekt in Syrien

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

12.260.001 bis 12.270.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[Jahresbericht-2025.pdf](#)